



Liebe Leserinnen und Leser, der Parlamentsbetrieb ist in vollem Gange, zwei aufeinanderfolgende Sitzungswochen liegen hinter uns. Höhepunkte dabei waren ein Gespräch mit dem Chefunterhändler der EU bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den USA, in der wir auch den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge ansprechen konnten und die erste Rede von Florian Post im Plenum des Deutschen Bundestages zum Netzausbau in Bayern. Viel Spaß beim Lesen!

Das EU-USA-Freihandelsabkommen: Chancen und Risiken

Viel wird derzeit über das geplante Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA diskutiert, teils verläuft die Debatte sehr emotional. Claudia Tausend hat sich als zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion im Europaausschuss mit Vertretern des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission in Berlin getroffen.

Klar ist: Ein Handelsabkommen kann Chancen auf mehr Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze in Europa bieten. Die Abschaffung von Zöllen, eine Öffnung des bisher sehr abgeschotteten amerikanischen Beschaffungssektors und die Angleichung oder gegenseitige Anerkennung von technischen Standards könnte wohl insbesondere der exportorientierten deutschen Wirtschaft zugute-

kommen. Unklar ist aber bisher, welche Branchen gewinnen und welche verlieren werden.

Wir sehen aber auch die Risiken: Unsere hart erkämpften europäischen Standards dürfen nicht abgesenkt werden! Die öffentliche Daseinsvorsorge wie Energie- oder Wasserversorgung darf nicht durch die Hintertür liberalisiert werden – diese Botschaft gab Florian Post dem Chefunterhändler der EU-Kommission Garcia Bercero auch bei seinem Besuch im Wirtschaftsausschuss mit nach Brüssel.

Außerdem müssen die Verhandlungen für Bevölkerung und nationale Parlamente transparent und nachvollziehbar sein. Nicht nur die EU-Kommission, die auf europäischer Seite das Verhandlungsmandat hat,

muss ihre Verhandlungspositionen öffentlich machen. Auch die US-Verhandler müssen ihre offensiven Interessen und roten Linien veröffentlichen. Nur so können sich Bevölkerung und Parlamente ein Bild von den laufenden Verhandlungen machen. Bisher sind noch viele Fragen offen! Soziale, demokratische und ökologische Errungenschaften dürfen nicht der Hoffnung auf zusätzliches Wachstum geopfert werden. Wir werden dahingehend die weiteren Verhandlungen sehr genau verfolgen und konstruktiv begleiten. Einem Abkommen werden wir nur zustimmen, wenn unsere Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden und sich die Situation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessert!

Florian Post attackiert in erster Rede die CSU

Florian Post durfte seine Jungfernrede im Plenum des Bundestages halten zum Thema „Haltung der Bundesregierung zur Forderung der bayerischen Staatsregierung nach einem Moratorium für den Ausbau der Stromnetze“.

Und Florian Post fand deutliche Worte zu dem von Ministerpräsident Seehofer geforderten Stopp des Netzausbaus in Bayern: „Einen solchen Beschluss in Fragen zu stellen, den man selbst mit zu verantworten hat, sei Effekthascherei für die Kommunalwahlen am 16. März“. Denn die bayerische Landesregierung im Bundesrat, wie auch die CSU-Landesgruppe im Bundestag hatten dem Bundesbedarfsplangesetz noch im Sommer letzten Jahres zugestimmt. Bayern ist das Bundesland mit der größten Abhängigkeit von Atomstrom – und daher besonders vom Ausstieg aus der Kernenergie betroffen. Gleichzeitig ist Bayern ein attraktiver

Industriestandort und auf eine sichere Versorgung angewiesen. Es liegt also auf der Hand: Gerade Bayern steht hier vor großen Herausforderungen. Das zeigt auch das eigene Wirtschaftsministerium, das den Übertragungsbedarf in einem



Florian Post bei seiner Jungfernrede im Plenum des Bundestages

internen Papier sogar noch höher einschätzt. Seehofer bedient sich der Ängste der Bürger und verwendet sie für ein Wahlkampfmanöver, anstatt sie ernst zu nehmen. Die bayerische

Staatsregierung sollte vielmehr ihrer Verantwortung gerecht werden, um den Ausbau der Netze für die Bürger so verträglich wie möglich zu gestalten, z.B. mit Abstandsregelungen und sollte für Transparenz und Aufklärung sorgen.

Die Energiewende wird ohne Netzausbau nicht gelingen. Sich jetzt davon zu verabschieden, nannte Post verantwortungslos und stelle das Mammutprojekt Energiewende in Frage: „Die bayerische Staatsregierung muss endlich Ihrer Verantwortung gerecht werden, ansonsten ist das Projekt der Energiewende ernsthaft gefährdet.“ Post verwies dabei auch auf die dramatischen Folgen für die bayerische Industrie, die sich daraus ergeben würden. Eine erfolgreiche Energiewende wird nicht ohne Veränderungen gelingen. Aber durch eine Totalopposition gegen alle Maßnahmen wird das gesamte Projekt gefährdet.

Mietpreisbremse

Endlich Rückendeckung für Münchner Wohnungspolitik aus Berlin!

Die Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum ist seit Jahren das vordringlichste Problem für den Großraum München. Als Verhandlungsführer für Städtebau und Wohnungswesen ist es Florian Pronold gelungen, viele unserer jahre- und jahrzehntelangen Forderungen durchzusetzen.

Beispiel Mietpreisbremse: Bereits im März wird Bundesjustizminister Heiko Maas einen Gesetzesentwurf zur „Mietpreisbremse“ einbringen. Wenn in einem festgelegten Gebiet – wie München – Wohnungsnot herrscht, dürfen Mieten nur noch maximal 10% über der ortsüblichen Miete (nach Mietspiegel) liegen, wenn Verträge bei einem Mieterwechsel neu abgeschlossen werden.

So werden endlich die extremen Auswüchse bei einem Mieterwechsel begrenzt – und viele Münchner können sich freuen. Denn bisher gibt es bei Wiedervermietungen überhaupt keine Grenze nach oben.

Beispiel Maklergebühren: Hier gilt künftig das Bestellprinzip - „Wer bestellt, zahlt“. Durch die längst überfällige Einführung des Bestellprinzips sind Maklergebühren künftig von Mietern nur noch dann zu tragen, wenn sie diese auch selbst beauftragt haben – andernfalls ist dann der Vermieter in der Pflicht.

Beispiel Neubau von bezahlbarem Wohnraum: Bessere Rechte für Mieterinnen und Mieter alleine reichen nicht, damit Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen im boomenden Wohnungsmarkt Münchens bezahlbare Wohnungen

finden. Wir brauchen auch mehr Wohnungsneubau. Deshalb hat Bundesbauministerin Hendricks eine Stärkung des Wohnungsbaus mit jährlich über einer halben Milliarde in Aussicht gestellt. Weitere 700 Millionen stehen für Städtebauförderung und damit auch für den Ausbau des Programms „Soziale Stadt“ zur Verfügung. Die SPD im Münchner Rathaus hat hingegen schon vor 20 Jahren das größte kommunale Wohnungsbauprogramm in ganz Deutschland mit mittlerweile 800 Millionen Euro in 5 Jahren auf den Weg gebracht. Der Schwerpunkt liegt dabei neben dem klassischen geförderten Wohnungsbau gerade auch auf der Förderung von Genossenschaften, Baugemeinschaften und dem Bau von mieterpreisgebundenen Wohnungen für Durchschnittsverdiener.

Aus dem Wahlkreis

Damit München München bleibt!

Auch im Februar sind wir wieder viel im Wahlkreis herumgekommen. Bei interessanten Diskussionen, Gesprächen und Zusammentreffen mit Genossinnen und Genossen, sowie Bürgerinnen und Bürgern fand ein intensiver Austausch statt. Dabei konnte eine große Bandbreite an Themen für den Großraum München angesprochen werden. Die Politik in Stadt und Bund muss sozialdemokratisch bleiben - **dafür setzen wir uns mit Euch ein!**



Gemeinsame Sitzung Claudia Tausend und Florian Post beim Treffen der bayerischen SPD-Landesgruppe und der Landtagsfraktion in München – gute Grundlagen für eine gewinnbringende Zusammenarbeit gelegt.



Infostand Florian Post und Claudia Tausend beim Aktionsinfostand des OV Milbertshofen vor dem MIRA-Einkaufszentrum.



Claudia Tausend mit ihrem Schülerpraktikanten Rishard Paktiaval (16) beim Festakt in der Wilhelm-Röntgen-Realschule.



Florian Post in der bayerischen SPD-Landtagsfraktion AG Wirtschaft, Energie, Umwelt.



Florian Post mit allen Berater/innen aus dem SPD-Bürgerbüro, welche er zu einem Dankeschön-Essen eingeladen hat. Erste Reihe v.r.n.l.: Florian Post, Schuldnerberater Dirk Dicken, Künstlersozialberaterin Anita Keller vom Paul-Klinger-Künstlersozialwerk, RA Franz-Rainer Sponheimer (Mieterberater), zweite Reihe v.r.n.l.: RA Boris von Nagy und RA Andreas Bühler (Mieterberater).



Schulbesuch Claudia Tausend führt mit Schülerinnen und Schülern der 10. Klassen des Maria-Theresia Gymnasiums eine engagierte Diskussion.

Kurzmeldungen

Extremismusklausel abgeschafft

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Bundesinnenminister de Maizière haben sich darauf verständigt, bei der Vergabe von Bundesmitteln für Demokratiearbeit auf die frühere Praxis aus dem Jahr 2000 zurückzukehren. Die Verschärfung aus 2011 von Kristina Schröder ist damit vom Tisch. Dies ist eine gute Nachricht für viele Gruppen, welche wertvolle Arbeit gegen Rechtsextremismus leisten. Zuletzt wurde von diesen nämlich eine zusätzliche „Demokratieerklärung“ gefordert. Manuela Schwesig hatte diese Extremismusklausel stets bekämpft, da diese Engagement gegen Rechts unter einen Generalverdacht stellen würde.

Doppelte Staatsbürgerschaft

Auf Initiative der SPD wurde die Doppelte Staatsbürgerschaft in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Mit der Union wurde schliesslich vereinbart, dass die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder aus Migrantenfamilien entfällt. Wie hart um diesen Kompromiss gekämpft wurde, zeigt sich jetzt in der Ausgestaltung: Im Gesetzesentwurf des Bundesinnenministers sind Nachweise über das Aufwachsen in Deutschland vorgesehen, wie Meldebescheinigung und Schulzeugnisse. Wir als SPD haben uns hingegen von Anfang an für eine weitergehende Regelung eingesetzt und lehnen daher die Schaffung eines solchen Bürokratiemonsters ab, zumal von der Spezialkonstellation „Geburt in Deutschland, Aufwachsen im Ausland“ nur sehr wenige Menschen betroffen sind.

Jahreswirtschaftsbericht – die richtigen Schlüsse ziehen

Die Bundesregierung hat zum ersten Mal in dieser Koalition den Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt. Und dieser zeigt: Deutschland ist zwar in guter wirtschaftlicher Verfassung, aber am deutschen wirtschaftlichen Erfolg haben längst nicht alle gleichermaßen teil. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt gibt es Risiken und Herausforderungen. Unser SPD-Wirtschaftsminister zieht daraus die richtigen Schlüsse: Aus der guten wirtschaftlichen Lage müssen Impulse für mehr Gerechtigkeit, wie die Einführung des Mindestlohns, erwachsen.

Nahles drückt weiter aufs Tempo: Mindestlohn soll bis Ostern ins Kabinett

Nachdem Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles bereits den ersten Teil des Rentenpakets auf den Weg gebracht hatte, geht es jetzt zügig in die Beratungen mit den Sozialpartnern zur Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns.

Laut Nahles stellt dieser nicht nur eine Verbesserung für betroffene Angestellte dar, sondern soll auch zu einem fairen und funktionierenden Wettbewerb zwischen Unternehmen beitragen.

Der Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro soll 2015 in Kraft treten. Der Knackpunkt mit dem Koalitionspartner Union liegt jedoch noch bei den Ausnahmen. Die Forderungen der Union gehen weit über den im Koalitionsvertrag geregelten Umfang hinaus, daher müssen wir diese Diskussion kritisch begleiten, damit der Mindestlohn am Ende auch für diejenigen wirken kann, die ihn dringend brauchen.

Und das sind eben auch Menschen im Nebenjob wie Studierende und Rentner!

Florian Post, MdB



Belgradstr.15 a
80796 München

facebook.com/bundestag2013
E-Mail: florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38

Claudia Tausend, MdB



Orleansstraße 34
81667 München

facebook.com/tausendmalbesser
E-Mail: claudia.tausend@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58